



ANKÜNDIGUNG EINES BERLINER BLOCKSEMINARS

Gesetzgebung und Gesetzgebungsbedarf im deutschen und europäischen Unternehmensrecht

Das Unternehmensrecht steht unverändert vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die aus der internationalen Entwicklung, den Impulsen der europäischen Gesetzgebung, aber auch aus den Anforderungen herrühren, die das überkommene Recht in Deutschland erkennen lassen. Zu diesen Impulsen wollen wir uns mit den für die deutsche Gesetzgebung zum Unternehmensrecht wesentlich Verantwortlichen im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz austauschen. Dies soll auf der Grundlage vorbereitender Seminarreferate und anschließender Diskussionen geschehen. Die Themenkreise reichen vom Gesellschafts-, Konzern- und Umwandlungsrecht bis hin zum Bilanzrecht und internationalen Gesellschaftsrecht.

Dazu die nachfolgenden Informationen und Terminübersichten:

1. **Vorbesprechung:**

Die Vorbesprechung für das Seminar mit einer Einführung in die Thematik und die relevante Literatur sowie der Übernahme der Seminarthemen (siehe Seite 2) findet am **Mittwoch, dem 24. April um 14:00 Uhr (s.t.)** im **Lautenschläger-Hörsaal** des Juristischen Seminars statt.

2. **Blockseminar im Justizministerium:**

Am **Mittwoch, dem 3. Juli** und **Donnerstag, dem 4. Juli 2019** sollen die Ergebnisse der Seminararbeiten dann im Rahmen eines Blockseminars im **Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz** in Berlin vorgestellt werden.

Weitere Informationen zu den Prüfungsleistungen, dem Blockseminar und zu den voraussichtlichen Kosten werden bei der Vorbesprechung am Mittwoch, dem 24. April bekannt gegeben. Bis dahin aufkommende Fragen können gerne an julia.kohler@igw.uni-heidelberg.de gerichtet werden.

Prof. Dr. Stefan J. Geibel Vizepräsident BVerfG Prof. Dr. Stephan Harbarth Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Prof. Dr. Christoph A. Kern Dr. Thomas Liebscher Dr. Eberhard Schollmeyer

Prof. Dr. Dirk A. Verse Prof. Dr. Marc-Philippe Weller



Themen:

1. Minderheitenschutz bei Umwandlung ins Ausland: Verfassungsrechtliche Grenzen für die Derogation inländischer Zuständigkeit und kollisionsrechtlicher Verweisungen auf das Recht des Zuzugsstaates
2. Der Schutz der betrieblichen Altersvorsorge im deutschen und europäischen Bilanz- und Umwandlungsrecht
3. Umwandlungsprüfer, quo vadis?
4. Probleme und Perspektiven des Spruchverfahrens unter Berücksichtigung der umwandlungsrechtlichen Bestimmungen des europäischen „Company Law Package“
5. Unternehmensbewertung bei Strukturmaßnahmen: Kollisionsrecht und Rechtsvergleich
6. Schutz der Mitbestimmung im europäischen Umwandlungsrecht: Rechtsexport oder kollisionsrechtlicher Normalfall?
7. Zu viele Hindernisse für grenzüberschreitende Umwandlungen im Konzern?
8. Das Kollisionsrecht des Unternehmensvertrages
9. Bringen die CSR-Belange das Konzernrecht unter Druck?
10. Ein neuer Anlauf für die Europäische Privatgesellschaft?
11. Rechenschaft des Aufsichtsrats
12. Von der Erklärung zur Unternehmensführung zum Corporate Governance Bericht